

LORSCH *aktuell*

SPD

Herausgeber: SPD-Ortsverein Lorsch

Mai 2019

Liebe Lorschnerinnen,
liebe Lorschler,

Seit der letzten Wahl zum Europaparlament hat sich Europa verändert. Entgegen allen Wünschen und Vorstellungen ist Europa nicht weiter zusammengewachsen, sondern viele nationalstaatliche Wünsche werden geäußert und mit Großbritannien wird sogar ein bedeutendes Land die EU verlassen.

Hier müssen wir unbedingt gegensteuern und wieder das Gemeinsame als Ziel in den Mittelpunkt stellen.

Grenzkontrollen dürfen nicht wieder zum Standard werden und die sozialen Unterschiede zwischen den Ländern müssen mehr und mehr abgebaut werden. Die Sozialdemokratischen Parteien in der EU haben dazu ein Programm entwickelt und eine starke Persönlichkeit mit dem Niederländer Frans Timmermans zur Umsetzung an die Spitze ihrer Kandidaten gewählt.

Die europäischen Sozialdemokraten werden weiter für ein geeintes starkes Europa eintreten, das im Konzert der anderen Großmächte möglichst mit nur einer Stimme spricht.

Die Zusammensetzung des neugewählten EU-Parlaments wird also für unsere Zukunft sehr wichtig sein. Wichtig ist es dabei, dass die extrem rechtsnationalistischen Parteien in ihre Schranken verwiesen werden.

Stärken Sie mit Ihrer Stimmabgabe die demokratischen Parteien.

Herzliche Grüße



Brigitte Sander
Ortsvereinsvorsitzende

Katarina Barley stellt sich vor SPD-Spitzenkandidatin für Europa

Europa ist eine einzigartige Gemeinschaft, die unserem Kontinent seit mehr als siebenzig Jahren Frieden und wirtschaftlichen Zusammenhalt garantiert. Gerade deshalb ist für mich die Idee von Verständigung und Freundschaft heute so klar und überzeugend wie niemals zuvor. In meinem Leben spielt Europa eine große Rolle. Meine Kinder haben Großeltern aus vier europäischen Ländern, ich habe zwei Staatsangehörigkeiten und wohne im Vierländereck, dort, wo sich Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien berühren. Grenzen sind hier nicht viel mehr als eine Linie auf der Landkarte.



Für mich bedeutet Europa Vielfalt und Zusammenhalt, Fortschritt und Freiheit. Europa ist für mich jedoch vor allem eins: Unsere Zukunft. Ich weiß aber auch, dass dieses friedliche Europa alles andere als selbstverständlich ist. Nie war die Einheit Europas so sehr gefährdet wie jetzt. Nie waren die Bedrohungen von außen, aber auch die politischen, sozialen und kulturellen Fliehkräfte im Innern größer als heute. Bei der Europawahl geht es deshalb um eine Richtungsentscheidung und um die Frage, wie wir künftig zusammenleben wollen: Alle für sich, nach dem Motto „Ich zuerst“? Oder weltoffen, solidarisch und gemeinsam stark? Meine Antwort: Ein Europa des Zusammenhalts und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger! Gemeinsam schaffen wir das.

Die Europäische Union wurde als Wirtschaftsunion gegründet. Das hat vielen Menschen Sicherheit und Wohlstand gebracht. Die europäische Idee muss nun weiterentwickelt werden. Wir müssen jetzt den nächsten Schritt gehen und für ein sozial gerechtes Europa sorgen. Die Menschen müssen spüren, dass Europa für sie da ist – und nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Deshalb ist es ganz wichtig, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken. Dazu gehören faire Löhne: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Und natürlich die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Ein europäischer Mindestlohn, der sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert, führt dazu, dass viele Menschen mehr verdienen - auch in Deutschland.



Fortsetzung Seite 1:

In Europa muss wirklich jeder von seiner oder ihrer Arbeit leben können, egal, wo er oder sie zu Hause ist. Das verstehe ich unter einem sozialen Europa.

Zu meinem sozialen Europa gehört es auch, jungen Menschen die besten Chancen auf Bildung, Ausbildung und gute Jobs zu schaffen. Unser Ziel ist, dass jeder arbeitslose Jugendliche innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum erhält. Deshalb sorgen wir dafür, dass Europa für die Jugend mehr Geld in die Hand nimmt. Zukunft kostet Geld. Deshalb darf

sich niemand durch Tricksereien, Schlupflöcher oder Straftaten seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliardenträge erwirtschaftet, muss endlich auch angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle, auch für die digitalen Großkonzerne. Wenn der kleine Buchladen auf dem Land seine Einnahmen ordentlich versteuert, dann muss das auch für weltweit operierende Konzerne wie Amazon gelten. Alles andere ist nicht fair und deshalb inakzeptabel.

Europa heißt für mich auch: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Derzeit erhal-

ten Frauen europaweit im Durchschnitt 16 Prozent weniger Lohn und 39 Prozent weniger Rente als Männer. Das ist nicht hinnehmbar, Frauen verdienen die gleiche Anerkennung wie ihre männlichen Kollegen. Sie haben das Recht auf die gleiche soziale Sicherheit, die gleiche Rente, das ist für mich klar. Ich setze mich ein für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Mein Europa ist stark und modern. Vielfalt, Erfindergeist und soziale Sicherheit machen uns erfolgreich. Europa ist gut, aber es kann noch besser werden – wenn wir es gemeinsam machen!



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort **So wird die Arbeit in Europa gerechter**

Um dem Lohndumping in Europa und Deutschland zu begegnen, wird die SPD für einen europaweiten Mindestlohn sein, der sich am Durchschnittslohn des jeweiligen Landes orientiert. Zugrunde gelegt würden 60% des Durchschnittseinkommens, was für die Bundesrepublik Deutschland auf einen Mindestlohn von 12 € hinausläufe. Ein weiterer Eckpfeiler unseres

europäischen Beschäftigungskonzeptes ist die Umsetzung der Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung oder dem Arbeitsplatzverlust innerhalb von vier Monaten einen neuen Arbeitsplatz z.B. in Form einer Fortbildung oder eines Praktikums garantiert. Außerdem sollen die Arbeitnehmerrechte durch Mindeststandards

hinsichtlich Mitbestimmung, Sicherungssystemen und Gesundheitsrichtlinien gestärkt werden. Wirtschaftlicher Fortschritt muss wieder Hand in Hand gehen mit sozialer Gerechtigkeit und darf nicht erzielt werden auf Kosten von sozialer Gerechtigkeit. Nur so kann „gute Arbeit“ das Leitprinzip europäischer Politik werden.

Straßenbeitragssatzung – in Lorsch bald ein Fremdwort

Auswirkungen auf den Haushalt werden geprüft

Endlich ist es auch in Lorsch zu einem Umdenkungsprozess bei CDU und Grünen in Bezug auf Straßenbeiträge bei grundlegenden Erneuerungen von Straßen gekommen.

Alle Vorschläge, insbesondere der Lorsch SPD, zu einem gerechteren Verteilen der anfallenden Kosten wurden abgelehnt. Das bisherige System, bei dem die Kosten für die Sanierung auf die Anlieger umgelegt werden müssen, sollte Bestand haben.

Landesweite Diskussionen und Proteste gegen dieses ungerechte System der Kostenverteilung auf Wenige hat die hessische Landesregierung dazu bewogen über die Erhebung von Straßenbeiträgen nachzudenken. Das Ergebnis war, dass die Landesregierung den Städten und Gemeinden freistellt, ob sie Straßenbeiträge erheben oder nicht. Ihre Parteigliederungen

in den Kommunen haben sie aufgefordert, hier Klarheit zu schaffen.

Die alten Straßenbeitragssatzungen sollten möglichst abgeschafft und die Kosten aus allgemeinen Haushaltsmitteln bestritten werden ► spricht die kommunale Grundsteuer soll entsprechend dem geschätzten Sanierungsbedarf für die nächsten Jahre erhöht werden.

Prinzipiell unterstützt die Lorsch SPD die derzeitigen Bestrebungen, die Straßenbeiträge abzuschaffen. Dies sei wesentlich gerechter und verteile die Kosten auf alle Bürger. Allerdings ist die angestrebte Lösung nur die Zweitbeste. Der Vorschlag der Hessen SPD, die Kosten der Straßensanierungen aus den Landeshaushalt zu decken, wäre das anzustrebende Ziel. Bayern und Baden-Württemberg sind diesen Schritt bereits gegangen. In Hessen machte es sich die Landesregierung leicht. Die Entscheidung,

ob die Grundsteuer erhöht wird, wälzt sie auf die Kommune ab. Der Effekt wird sein: die Bürger müssen mit einer Steuererhöhung leben und die Landesregierung wäscht sich die Hände in Unschuld.

Dass es jetzt sogar für bereits abgeschlossene Sanierungsmaßnahmen, wie in Lorsch die Hirschstraße oder die Straße am Wingertsberg, eine rückwirkende Erstattung geben soll, ist für den entsprechenden Anlieger ein positives Signal. Bisher wurde so etwas strikt abgelehnt, aber manche lernen doch noch dazu.

Die Lorsch SPD begrüßt, dass Proteste und Engagement von vielen Bürgern endlich zu einem Umdenken und gerechterem Ergebnis geführt haben. Die beste Lösung wäre aber: Begleichung der Kosten durch Landesmittel und somit keine Steuererhöhungen für die Bürger.



Möchten Sie Lorsch mitgestalten?
Wollen Sie bei der Kommunalpolitik mitwirken?
Dann melden Sie sich bei uns!
wahl@spd-lorsch.de

#Kommunistnichtegal #Kommunalwahl2021

Bezahlbare Wohnungsmieten in Lorsch

Wann gibt es endlich etwas positives zu berichten?

Die Proteste werden immer lauter, in Berlin wird sogar von Enteignung von großen Wohnungsbaugesellschaften gesprochen. Solche Töne hört man in Lorsch noch nicht, aber auch hier ist die Suche nach bezahlbaren Wohnungen kein Spaß mehr. Der Wohnungsmarkt ist praktisch leergefegt und für Normalverdiener gibt es kaum bezahlbare Wohnungen, bei Sozialwohnungen sieht es ebenso kritisch aus.

Seit Jahren versucht die Lorsch SPD durch Anträge im Stadtparlament, dass die Stadt endlich in

diesem Bereich tätig wird.

Auf einen Teil des Geländes in der Lagerhausstraße wäre der Bau von Sozialwohnungen möglich. Aber wann tut sich dort etwas. Vor ca. einem Jahr wurde den Stadtverordneten berichtet, dass weitere Baugenossenschaften zur Abgabe von Plänen und Kosten für die Errichtung von Sozialwohnungen aufgefordert worden seien. Passiert scheint bisher nichts zu sein, Pläne gibt es bisher nicht.

Hier muss nach Auffassung der Lorsch SPD intensiver an einer Realisierung gearbeitet werden.

Zuschüsse für den Sozialen Wohnungsbau gibt es sowohl von Land und Bund, aber hierzu müssten die Pläne erstellt werden.

Lorsch kann es sich nicht leisten hier einfach abzuwarten.

Neben dem Gelände in der Lagerhausstraße, muss auch nach anderen Grundstücken gesucht werden, auf denen Mehrfamilienhäuser gebaut und gefördert werden könnten.

Die Suche nach diesen Grundstücken für Lorsch Bürger ist wichtiger als neue Gewerbegebiete zu erschließen.

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Lorsch, vertreten durch die Vorsitzende Brigitte Sander,

Magnolienstr. 25, 64653 Lorsch, E-Mail: info@spd-lorsch.de, Internet: www.spd-lorsch.de, Copyright © 2019: SPD-Ortsverein Lorsch

Frans Timmermans

Spitzenkandidat der PES (Party of European Socialists)

Einen echten Europäer, der auch für die Integration von Andersdenkenden steht, haben die europäischen Sozialdemokraten mit dem Niederländer Frans Timmermans zu ihrem Spitzenkandidaten gewählt.

Frans Timmermans ist 57 Jahre alt und setzt sich seit seinem Studium in französischer Literatur in den verschiedensten Aufgabebereichen für ein geeintes, friedliches Europa ein. Ob als niederländischer Außenminister oder zurzeit als EU-Kommissar und Vertreter von Jean-Claude Juncker setzt sich der Sozialdemokrat für ein „Mehr“ Zusammenwachsen in Europa ein.

Die Europawahl im Mai sei die wichtigste seit 1979, als die Direktwahl der Abgeordneten eingeführt

wurde, sagte Timmermans. Es gehe „um die Seele Europas“. Der Kontinent laufe Gefahr, in zwei Hälften geteilt zu werden: in jene, die an der europäischen Einigung festhielten, und jene, die „alles auf eigene Faust entscheiden wollen“. So ließen sich die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme in der EU nicht bekämpfen. Vielmehr sei diese Teilung im Interesse von Politikern wie Wladimir Putin und Donald Trump.

Für die deutschen Sozialdemokraten treten Katarina Barley und Udo Bullmann als Spitzenkandidaten an.

Udo Bullmann, der in Hessen wohnt, ist derzeit Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament.



diesmalwähleich.eu

Am 26. Mai 2019 ist Europawahl



Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit

Denn das Soziale ändert sich massiv

War es mit der Einführung von Hartz IV noch so, dass eher von der Annahme ausgegangen wurde die Menschen würden den Sozialstaat missbrauchen, muss jetzt in guter alter sozialdemokratischer Tradition wieder von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass der Sozialstaat ein soziales Recht sei und die Menschen den Sozialstaat brauchen. Sie sind Inhaberinnen und Inhaber dieser Rechte, keine Bittsteller.

Das heißt allerdings nicht, dass die SPD von dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ Abstand nimmt. Es wird aber eine Verschiebung vom Misstrauen zum Zutrauen geben. Dabei sollen mit dem Bürgergeld die größten sozialen Ungerechtigkeiten aus dem System verbannt werden wie etwa das komplette Streichen von Leistungen. Daneben beinhaltet das Bürgergeld weitgehende Anpassungen hinsichtlich der Zahlung von Arbeitslosengeld I.

In Zukunft sollen je nach Alter und Arbeitsjahren bis zu 33 Monate Arbeitslosengeld I gezahlt werden. Auch sollen das Vermögen und die Wohnungsgröße zwei Jahre lang nicht überprüft werden. Gerade bei den jetzt stark steigenden Mieten kann der Zwang des Arbeitsamts zum Umzug zur sozialen Entwurzelung führen. Besonders in den Großstädten fehlen im Moment die bezahlbaren Wohnungen, auf die gerade Menschen in der Grundsicherung angewiesen sind.

Die neue Grundrente soll verhindern, dass Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang auf Mindestlohniveau gearbeitet haben, wegen ihrer niedrigen Löhne in der Grundsicherung landen. Denn es ist eine Frage der Anerkennung und des Respekts, dass diese Menschen besser abgesichert sind als diejenigen, die nicht gearbeitet haben.

Das bedeutet:

- Bis zu 448 € mehr im Monat!
- Für alle, die 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehung und Pflege zählen mit.
- Mehr Geld für drei bis vier Millionen Rentnerinnen und Rentner – z.B. die Friseurin, 40 Jahre Arbeit auf Mindestlohniveau: 961 € statt 513 € Rente.

Ein weiterer Baustein des Sozialstaatskonzepts der SPD ist die Kindergrundsicherung. So sollen die vielen Leistungen, die es jetzt schon gibt (Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, Mittel der Grundsicherung) zusammengefasst werden und aus einer Hand gezahlt werden. Damit verringern wir die Bürokratie.

Mit diesen Vorschlägen setzt sich die SPD an die Spitze der Diskussion um einen neuen Sozialstaat.